

Open Data Bund beschließt Fortschrittsbericht

[10.10.2019] Das Bundeskabinett hat den Fortschrittsbericht Open Data beschlossen. Im Rahmen eines zweiten Open-Data-Gesetzes soll die Bereitstellung offener Daten ausgeweitet werden.

Seit 2017 sind Bundesbehörden verpflichtet, unbearbeitete Daten, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhoben haben, aktiv zum Abruf bereitzustellen (wir berichteten). Der nunmehr beschlossene Fortschrittsbericht der Bundesregierung beleuchtet die in den vergangenen zwei Jahren getätigten Schritte und dient als Basis für die Weiterentwicklung des E-Government-Gesetzes. Die Bundesregierung verfolgt laut eigenen Angaben das Ziel, im Rahmen eines zweiten Open-Data-Gesetzes die Bereitstellung offener Daten auszuweiten.

Der Themenbereich Open Data ist ein Bestandteil des Themenkomplexes Open Government. Auf internationaler Ebene beteiligt sich die Bundesregierung in der Open Government Partnership (wir berichteten) und rückt im Oktober 2019 in den Lenkungsausschuss auf. Außerdem hat die Bundesregierung kürzlich den zweiten nationalen Aktionsplan Open Government beschlossen (wir berichteten). (ba)

<https://www.bundesregierung.de>

<https://www.govdata.de>

Stichwörter: Open Government, Open Data, Bund

Quelle: www.move-online.de